

Die Wiederkehr der kommerziellen Gefängnisarbeit in den USA

Erklärungsansätze der Politischen Ökonomie

Gefangene sind im Alltag selten sichtbar. Dies gilt erst recht für ihre Arbeit, die hinter Gittern stattfindet.¹ In einigen Bundesstaaten der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) ist die Gefängnisarbeit allerdings sichtbar, denn Gefangene werden zu öffentlichen Arbeiten wie zur Straßenrandsäuberung herangezogen und werden dafür in Jacken gesteckt, die sie weithin erkennbar als Gefangene ausweisen. Doch obgleich Gefängnisarbeit in den USA zu einem profitablen Geschäftszweig avanciert ist, wird sie dort wenig thematisiert. Die Frage nach den Arbeitsbedingungen der Gefangenen wird überschattet von einer anderen Frage, der nach dem schieren Umfang der Gefängnispopulation. Die vielfachen Proteste gegen Polizeiwillkür, die für als verdächtig Eingeschätzte nicht selten tödlich ist, haben in letzter Zeit die Öffentlichkeit daran erinnert, dass insbesondere junge Männer mit schwarzer Hautfarbe von Polizeigewalt und Inhaftierung betroffen sind. Jeder dritte schwarze Amerikaner, der heute geboren wird, kann damit rechnen, im Laufe seines Lebens im Gefängnis zu landen, während dies nur für jeden 17. weißen Amerikaner gilt.² Aber auch viele Migrantinnen und Migranten ohne Aufenthaltsgenehmigung sind der Gefahr, ins Gefängnis zu kommen, ausgesetzt, und gerade sie stellen eine Gruppe der begehrtesten Arbeitskräfte im Gefängnis dar (siehe unten). Im internationalen Vergleich ist die Inhaftierungsrate pro Kopf der Bevölkerung in den USA am höchsten. Derzeit sitzen dort mehr als zwei Millionen Menschen ein.

Bis in die 1970er Jahre waren die Inhaftierungsraten noch mit denen in Europa vergleichbar. In dieser Zeit, dem Zeitalter des Fordismus, war die im 19. Jahrhundert gängige kommerzielle, im Dienste privater Firmen ausgeübte Gefängnisarbeit verboten. Die Inhaftierten arbeiteten zur Aufrechterhaltung des Gefängnisbetriebs in den Wäschereien, Küchen und als Unterstützung in der Verwaltung. Doch seit Ende der 1970er Jahre ist die Gefängnisarbeit für kommerzielle Zwecke wieder erlaubt. Heute arbeitet mindestens ein Zehntel aller in den USA Inhaftierten in staatlichen oder privaten Fabriken, deren Produkte sowohl an Behörden (allen voran an das Verteidigungsministerium) als auch an private Firmen wie Boeing, IBM, Starbucks, Victorias Secret und viele weitere verkauft werden. Wie kann die Wiederkehr der kommerziellen Gefängnisarbeit erklärt werden?

- 1 Der Fall der ehemaligen bayerischen Sozialministerin Haderthauer hat kürzlich in Erinnerung gerufen, dass in deutschen Gefängnissen für private Unternehmen gearbeitet wird. Sie hatte zusammen mit ihrem Ehemann die von einem verurteilten Mörder kunstvoll im Gefängnis hergestellten Modellautos für den eigenen Gewinn vertrieben.
- 2 The Sentencing Project 2013.

1. Theoretischer Zugang zur Gefangenenarbeit

Mit Gefängnisarbeit beschäftigt sich insbesondere die Kriminologie, wobei im Vordergrund steht, inwiefern sie zur Resozialisierung der straffälligen Personen beiträgt.³ Begründungen für die kommerzielle Gefängnisarbeit liefert sie jedoch nicht. Im Feld der Politischen Ökonomie finden sich nur spärliche und teils widersprüchliche Erklärungen für das Phänomen Gefängnisarbeit. Folgt man den Überlegungen von Karl Marx zur formellen und realen Subsumtion der Arbeit, dann gehört die Ausübung des direkten Arbeitszwangs, die formelle Subsumtion der Arbeit, in die Anfangszeit des Kapitalismus. Der entwickelte Kapitalismus würde sich hingegen durch die reale Subsumtion der Arbeit auszeichnen. Da die Verbindungen zur selbstversorgenden Landwirtschaft gekappt seien, bestünde für Menschen ohne Kapital keine Alternative zur Lohnarbeit, und der Arbeitstakt der Maschinen und die digitale Überwachung der Arbeitsprozesse in den Verwaltungen würden die direkte Ausübung körperlicher Gewalt zum Arbeitsantrieb überflüssig machen.⁴ Mitte der 1970er Jahre hielten progressive Kriminologen sogar die Abschaffung der Gefängnisse in den USA für möglich: »A nation without prison«.⁵ Doch ebenso wie Sklavenarbeit auch heute noch global neben der freien Lohnarbeit existiert,⁶ gibt es die Gefängnisarbeit weiterhin, und sie nimmt sogar noch zu.

Aus der Sicht von Georg Rusche und Otto Kirchheimer,⁷ die bereits vor ca. 80 Jahren das Verhältnis von Gefängnisarbeit zur Situation auf dem Arbeitsmarkt untersucht haben, ist diese Wiedereinführung der Gefängnisarbeit ohne Resozialisierungsmaßnahmen allerdings weniger erstaunlich. Ihre These lautet, dass bei einem Überangebot von Arbeitskräften die Disziplinierung und nicht die Resozialisierung im Vordergrund steht. Eingebettet ist ihre These in eine allgemeine Untersuchung der Bezüge zwischen Produktionsverhältnissen und Strafarten, wobei sie von einem Entsprechungsverhältnis ausgehen. In ihrem marxistisch inspirierten Werk finden sich viele grundlegende Einsichten zur Rolle der Produktionsverhältnisse, der Arbeitsmarktbedingungen, zur Disziplinierung der Lohnabhängigen und zu Restriktionen öffentlicher Haushalte hinsichtlich des Ausmaßes und der Art der Gefangenenarbeit. Wir teilen allerdings die Kritik von David Garland⁸, dass für Rusche und Kirchheimer ebenso wie für ihre »Wiederentdecker« Dario Melossi und Massimo Pavarini⁹ letztlich immer nur volkswirtschaftliche Gründe ausschlaggebend sind. Demgegenüber erscheint uns der Ansatz von Garland überzeugender, eine komplexe Institution wie den Strafvollzug aus unterschiedlichen theoretischen

3 Zum Beispiel Hüttenrauch 2015.

4 Schmiede 1988.

5 Dodge 1975.

6 Vgl. Global Slavery Index 2014. Nach Schätzungen arbeiteten 2014 mehr als 35 Millionen Menschen weltweit unter sklavenähnlichen Bedingungen, mehr als in 2013 (www.global-slaveryindex.org/; Zugriff vom 13.10.2016).

7 Rusche, Kirchheimer 1968 [1939].

8 Garland 1990, S. 108.

9 Melossi, Pavarini 1981.

Perspektiven zu interpretieren, wobei weniger die Ermittlung eines prioritären Faktors als das Ausloten kausaler Verknüpfungen im Vordergrund stehen sollte. Dementsprechend bezog sich Garland für seine Untersuchung zum Verhältnis von Strafe und Wohlfahrtsstaat nicht nur auf die Einsichten aus der marxistischen Tradition, sondern ebenso auf die soziologischen Werke von Durkheim, Foucault, Weber und Elias.¹⁰ Rassismus spielt bei ihm eine untergeordnete Rolle, wird jedoch in der neueren Literatur als ein besonders bedeutsamer Faktor für das rapide Anwachsen der Gefängnisbevölkerung bezeichnet.¹¹

Für ein Verständnis der Wiederkehr der kommerziellen Gefängnisarbeit in den USA fassen wir die vielfältigen Beiträge, Entwicklungen und Theorien der letzten Jahrzehnte zusammen. Als theoretische Klammer bietet sich die Diskursanalyse von Ernesto Laclau an.¹² Dessen erweiterter Diskursbegriff erlaubt es, neben verbalen und schriftlichen Äußerungen auch kollektive und individuelle Praktiken zu erfassen. Zugleich geht Laclau von einer radikalen Kontingenz aus, die aber nicht, wie manche Kritiker behaupten, Strukturen verneint. Verneint wird die Geschlossenheit einer Struktur, nicht ihre Existenz. Somit gilt es, einerseits das Zusammenspiel verschiedener strukturell wirkender Diskurse (als Sinnverständigung und Praxis) auszuloten und andererseits Kontingenz und somit Veränderungen aufzuspüren, wobei Kontingenz nicht mit Zufall oder Beliebigkeit verwechselt werden sollte, sondern als ein durch bestimmte Bedingungen geprägter Möglichkeitshorizont zu verstehen ist.¹³ Konkret heißt dies, die verschiedenen Elemente des Gefängnisarbeitsdiskurses samt ihrer Genese herauszuarbeiten, wobei nicht von vornherein bestimmten Diskursen Priorität zugeschrieben werden soll. Vielmehr geht es um das Ineinandergreifen politischer, ökonomischer und sozio-kultureller Entwicklungen, die scheinbar voneinander getrennt stattfanden, in der Wiederkehr der (kommerziellen) Gefängnisarbeit jedoch ein gemeinsames Diskursfeld begründen.

Dafür wird zunächst die historische Entwicklung von Inhaftierung und Gefängnisarbeit in den USA in mehreren Phasen nachgezeichnet, die je auf Kompromissen entsprechender gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse basieren. Vor diesem Hintergrund werden wesentliche Elemente des gegenwärtigen Gefängnisarbeitsdiskurses dargestellt. Dazu gehören nach unserer Analyse die Disziplinierung der am Arbeitsmarkt nicht nachgefragten und deshalb gefährdeten Menschen sowie der zunehmende Druck auf öffentliche Haushalte (die Argumente von Rusche und Kirchheimer) in Verschränkung mit rassistischen Diskursen, die insbesondere Teile der schwarzen Bevölkerung vom Arbeitsmarkt ausgrenzen und lateinamerikanische Migrantinnen und Migranten marginalisieren (das Argument von Alexander). Hinzu treten die nachdrücklich vertretenen Interessen der privaten Gefängnisbetreiber. Im Zusammenspiel dieser Diskurse werden schließlich gegenwärtige Mög-

10 Garland 1985.

11 Zuletzt Alexander 2016 [2010]. Siehe auch Wacquant 1999 a; Wacquant 1999 b.

12 Laclau 1990.

13 Scherrer 1999, S. 15-46; Wullweber 2013.

lichkeitshorizonte reflektiert, in denen sowohl Chancen als auch Grenzen des Wandels (kommerzieller) Gefängnisarbeit aufgezeigt werden.

2. Inhaftierung und Gefängnisarbeit: Pendeln zwischen Resozialisierung und Profit

Gefängnisarbeit ist kein Novum in der Geschichte der Moderne. Das Konzept speist sich vor allem aus zwei Ideen, die allerdings nur bedingt miteinander kompatibel sind: Resozialisierung durch Arbeit und ökonomische Verwertung der Arbeitskraft. Anstelle der zuvor üblichen Körperstrafen setzten sich nach dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg längere Haftzeiten als Bestrafung von männlichen verurteilten Gesetzesbrechern durch, weil man darin die der Republik angemessenere Straform sah. Die längere Haftzeit sollte der Sühne dienen und die Arbeit der Aneignung von Fähigkeiten und gesetzeskonformen Gewohnheiten. Nach 1820 setzte sich dann in großem Maßstab ein Vertragsarbeitssystem durch, bei dem der Träger der Gefängnisse die Gefangenen an private Personen und Unternehmen vermietete.¹⁴ In den Südstaaten nahm dieses System nach der Emanzipation der Sklaven gewaltige Ausmaße an, und eine große Zahl der ehemaligen Sklaven wurde durch ein perfides Straf- und Vollzugssystem in Gefängnisarbeiter verwandelt. Zur Sicherung des Nachschubs an Arbeitskräften für die Plantagen, aber auch für Infrastrukturmaßnahmen (wodurch die alten agrarischen und die neuen industriellen Eliten des Südens gleichermaßen an der Aufrechterhaltung dieser Zwangsarbeit interessiert blieben)¹⁵ wurden die Schwellen für Verhaftungen im Süden gesetzlich gesenkt und die Haftzeiten ausgedehnt. Da die privaten Nutzer der Arbeitskraft der Gefangenen über keine Eigentumsrechte an diesen verfügten, war das Interesse am Erhalt der Arbeitskraft der ausgebeuteten, reichlich vorhandenen Gefangenen geringer als an dem der früheren Sklaven. Entsprechend brutal waren die Arbeitsbedingungen.¹⁶ Ein intendierter Nebeneffekt war die Disziplinierung der schwarzen Bevölkerung, aber auch der freien Arbeiterschaft, die im Falle von Arbeitskämpfen befürchten musste, ihren Arbeitsplatz an Gefangene zu verlieren.¹⁷

Gleichwohl bekämpfte ein Teil der freien Arbeiterschaft den Arbeitseinsatz von Gefangenen. Eine bewaffnete Revolte von Bergarbeitern im Jahre 1891¹⁸ beschleunigte die Abkehr vom System der Vertragsarbeit mit Gefangenen, und auch kleinere Bauern und Plantagenbesitzer kritisierten es, weil der Einsatz von Gefangenen die großen Plantagenbesitzer begünstigte. An die Stelle der Vermietung an private Firmen traten jedoch andere Formen der Zwangsarbeit, etwa in Mississippi seit 1894 die Arbeit der Gefangenen in staatlichen Gefängnissen und auf staatlichen Farmen.¹⁹ In Georgia wurde das Vertragsarbeitssystem durch das *chain gang prison*

14 McLennan 2008, auch bereits bei Rusche, Kirchheimer 1968 [1939] beschrieben.

15 Lichtenstein 1997.

16 Oshinsky 1996.

17 Mancini 1996.

18 Ebd.

19 Oshinsky 1996.

system ersetzt, bei der Gefangene, aneinander gefesselt, Arbeiten für die öffentliche Infrastruktur ausführen mussten.²⁰ Diese Praktiken hörten erst im Zuge der Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre auf.

In den Nordstaaten stimmten die Wähler im Staat New York schon 1883 für die Beendigung des Vertragsarbeitersystems. Neben bürgerlichen Reformkräften, die dieses System als »unrepublikanisch« ablehnten, waren es vor allem Gewerkschaften, die gegen die unlautere Konkurrenz agitierten. Der dadurch entstehende Verlust der privaten Nachfrage nach Gefangenearbeit stellte die Gefängnisbehörden vor die Herausforderung, wie die Gefangenen nun ohne Arbeit erzogen werden sollten. So wurden Qualifikationsprogramme aufgelegt, Freizeitmöglichkeiten geschaffen und Therapien angeboten, zumindest dort, wo ausreichend Steuergelder zur Verfügung standen. Diese Experimente in der Progressiven Ära²¹ bereiteten den Boden für eine »neue Strafwissenschaft« der Resozialisierung, die im New Deal der 1930er Jahre zum Durchbruch kam. Die bisherige Ausübung brutalen Zwangs gegenüber den Gefangenen machte dem »managerial«-Konzept, gute Führung durch vorzeitige Entlassung zu belohnen, Platz.²²

Kurz vor dem New Deal – in Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise – erließen die USA 1930 mit dem Smoot-Hartley Tariff Act ein De-facto-Einfuhrverbot für Waren, die mit Zwangs- und Pflichtarbeit produziert worden waren. Die USA waren auch eine treibende Kraft für das im gleichen Jahr verabschiedete Übereinkommen Nr. 29 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), das Zwangs- und Pflichtarbeit grundsätzlich verbietet. Entsprechend wurde innerhalb der USA Gefängnisarbeit verboten und als »unfairer Wettbewerb« gegenüber dem freien Arbeitsmarkt deklariert, ein Erfolg, der vor allem auf die gewachsene Macht der Industriewerkschaften und kleiner Unternehmen zurückging, die ihre Erzeugnisse in Konkurrenz zu Produkten der Gefängnisarbeit vermarkten mussten. Eine große Rolle spielte dabei auch der Nord-Süd-Gegensatz: Die Wirtschaft der Nordstaaten beruhte auf Lohnarbeit in der Industrie, und die Tarifparteien zeigten wenig Verständnis für die Abhängigkeitsverhältnisse in der Plantagenwirtschaft des Südens.

Insgesamt blieb die Zahl von Gefängnisinsassen in der fordistischen Ära zwischen 1945 und 1975 relativ konstant zwischen 150.000 und 200.000 bei einer Inhaftierungsrate von ungefähr eins zu tausend pro Einwohner.²³ Bürgerlich-liberale Freiheitsrechte wie die faire und gleiche Behandlung vor Gericht und Schutz durch die Verfassung sowie das Verbot, Menschen ihrer Freiheit oder ihres Lebens ohne ordentliches Gerichtsverfahren zu berauben, wurden in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ausgebaut.

20 Lichtenstein 1997.

21 Zwischen 1890 und 1920 forderten insbesondere die akademisch geschulten Mittelklassen ein Ende politischer Korruption und die Organisation des öffentlichen Lebens nach Effizienzkriterien.

22 McLennan 2008, S. 378. Zu den veränderten »zivilisatorischen« Sensibilitäten siehe bereits Elias 1978 [1939].

23 Western, Pettit 2010. Diese Inhaftierungsrate entspricht der heutigen in Deutschland (Dünel et al. 2010, S. 20).

Mithin hat die fordistische Koalition von progressiven bürgerlichen Reformern, Gewerkschaften und denjenigen Unternehmen, deren Produktionsmethoden und Personalführung nicht mehr auf direktem Zwang beruhten, auch zu einer grundlegenden Reform der gesetzlichen Fassung der Straftatbestände und der Regeln der Strafdurchführung beigetragen. Im Übergang von der extensiven, mit körperlichem Zwang unterlegten Akkumulation zur intensiven, vom Maschinentakt gesteuerten Akkumulation, also von der formalen zur realen Subsumtion, änderten sich auch die staatlichen Disziplinierungstechniken. Im Kontext der Kriminalitätspolitik kann daher von einer spezifischen Periode der *Fordistischen Fürsorge* zumindest dem Ansprache nach gesprochen werden. In einem zunehmend liberalen gesellschaftlichen Klima, unterfüttert durch steigenden Wohlstand und bessere soziale Absicherung, schien Gefängnisarbeit erstmals in der US-Geschichte überwunden zu sein.

Der relative Bedeutungsverlust des Gefängnisses als einem zentralen Ort gesellschaftlicher Disziplinierung blieb nicht auf die USA beschränkt. Vor allem in den europäischen Staaten nahm während der fordistischen Periode die Zahl der Gefängnisinsassen ab und erreichte vielerorts ein historisches Minimum.²⁴

3. Nach der Bürgerrechtsbewegung: »Law and Order«

Dem großen Erfolg der Bürgerrechtsbewegung, der in der Verabschiedung der Bürgerrechtsgesetze 1964 gipfelte, folgten bald scharfe Konflikte zwischen Menschen schwarzer und weißer Hautfarbe im Norden der USA. Die Mechanisierung der Landwirtschaft im Süden setzte viele schwarze Landarbeiterfamilien frei, die in die Industriestädte des Nordens zogen. Die erhoffte Teilhabe am amerikanischen Traum der Aufstiegschance wurde jedoch bald enttäuscht. Insbesondere nach der Ermordung Martin Luther Kings im Jahre 1968 kam es in vielen Ghettos der Nordstaaten zu Protesten, die nicht zuletzt aufgrund des brutalen Vorgehens der zur damaligen Zeit noch fast ausschließlich weißen Polizei in Gewalt ausarteten.

In Reaktion auf diese »Riots« beschleunigte sich der Exodus der weißen Bevölkerung aus den Innenstädten. Der Versuch, die daraus entstehende erneute Segregation von Schwarz und Weiß durch den Bustransport der Schülerinnen und Schüler von einem Stadtteil zum anderen zu überwinden, stieß bei Teilen der weißen Bevölkerung auf Widerstand.²⁵ Aufgrund unterschiedlicher Faktoren, zu denen große Geburtskohorten junger Menschen (Stichwort Babyboom), der leichtere Zugang zu Drogen und die rückkehrenden, demoralisierten Soldaten aus dem Vietnamkrieg zählen, nahm zur gleichen Zeit die Kriminalität in den Metropolen zu. Lag die Zahl der Tötungsdelikte in den 1950er Jahren etwas unterhalb von 5 je 100.000 Einwohner pro Jahr, so verdoppelte sie sich ab Mitte der 1960er Jahre bis Mitte der 1970er Jahre auf 10 pro 100.000 Einwohner.²⁶

24 De Giorgi 2006, S. 90.

25 Sears, Kinder 1985.

26 Pinker 2011, S. 139.

Die weiße Mehrheitsbevölkerung deutete den Anstieg der Kriminalität als ein »schwarzes« Phänomen. Unter den Regierungen Nixon und Reagan wurde in den 1970er und 1980er Jahren eine »Law and Order«-Politik umgesetzt, die sich – von den Massenmedien unterstützt – vor allem einem »Kampf gegen Drogen« und der Inhaftierung der »kriminellen Unterschicht« verschrieb. Der Bürgerrechtsdiskurs verlor an Ausstrahlung, und der vor-fordistische Diskurs von »gefährlichen Klassen« kam wieder zum Vorschein, diesmal nicht mit der Arbeiterschaft, sondern mit schwarzen jungen Männern als Zielgruppe.²⁷ Dies kann als Versuch der Konservativen gewertet werden, die bisherigen Statusdifferenzen gegenüber den Schwarzen abzusichern.²⁸ Rechten Politikern gelang es, mit »Law and Order«-Parolen Teile der traditionell eher den liberalen Demokraten zuneigenden weißen Arbeiterschaft auf ihre Seite zu ziehen, mit der Folge, dass sich das politische Spektrum insgesamt nach rechts verschob.²⁹ Resozialisierung erschien zunehmend als illusorisch, stattdessen sahen Experten, Politiker und große Teile der Wählerschaft die Lösung in größerer Polizeipräsenz und schärferer Bestrafung.³⁰ Teile der insbesondere von der Beschaffungskriminalität der Drogensüchtigen heimgesuchten Ghetto-Bevölkerung unterstützten zudem eine repressivere Strafverfolgung.³¹

So wie die progressiven Gefängnisreformer und die Gewerkschaften den »fürsorgenden« Staat im Zeitalter des Fordismus mit vorbereitet hatten, trugen die »Law and Order«-Propagandisten zur Hinwendung zum »strafenden« Staat im Neoliberalismus bei. Während beim ersten Paradigmenwechsel die »Nordstaaten« ihre Werte universalisierten, waren die Universalisierer diesmal die »Südstaaten«, die nur marginal in den fordistischen Wohlfahrtsstaat integriert waren.³² Die Südstaaten mussten zwar ihre brutalsten Diskriminierungspraxen aufgeben, doch so, wie sich ihre Politik der weitgehenden Ausgrenzung von Gewerkschaften sowie der geringen Sozialleistungen und Bildungsausgaben im Zuge der fordistischen Stagnation im ganzen Land verbreitete, diffundierte in ähnlicher Weise ihre Praxis, schwarze Menschen zu Kriminellen zu stempeln.

4. Verschärfte Gesetze: Explosion der Gefangenenzahlen

Ab Mitte der 1970er Jahre stieg die Zahl der Inhaftierten beispiellos an, von ungefähr 200.000 im Jahr 1975 auf 2.300.000 im Jahre 2013.³³ Hinzu kommen heute noch ca. fünf Millionen Menschen, die aufgrund von Kaution oder Bewährung nicht einsitzen, aber unter strafrechtlicher Kontrolle stehen.³⁴ Diese enorme Ausdehnung

27 Morris 2001.

28 Alexander 2016 [2010].

29 Davis 1986.

30 Wacquant 2009 a.

31 Fortner 2015.

32 Scherrer 1992, S. 110-113.

33 Carson 2014.

34 The Sentencing Project 2015.

der Kontrolle des strafenden Staates beruht vor allem auf einer Ausweitung von Straftatbeständen (zum Beispiel für Drogenkonsum, für öffentliches Urinieren etc.) und erhöhten Mindesthaftstrafen.

Seit den 1920er Jahren galt das Prinzip des »indeterminate sentencing«, nach dem Gefängnisstrafen von einer nicht genau festgelegten Dauer verhängt wurden (zum Beispiel zwei bis zehn Jahre) und Straftäter aufgrund ihres Verhaltens und ihrer »Resozialisierungs«-Fortschritte auf Bewährung entlassen werden konnten. Ende der 1970er Jahre wurde dieses Prinzip in den meisten Bundesstaaten aufgegeben und mit relativ genau definierten Gefängnisstrafen (»determinate sentencing«) ersetzt, bei denen die Verurteilten einen Großteil (zwischen 75 und 100 Prozent) auch im Gefängnis absitzen müssen (»truth in sentencing«). Zudem wurde 1986 eine Mindesthaftstrafe für Drogendelikte (meistens abhängig von der Menge, die sich im Besitz der Delinquenten befand) festgelegt, und zwar ohne Rücksicht auf den Schadensumfang, die Vorstrafen des Verurteilten oder die Tatumstände und ohne die Möglichkeit auf vorzeitige Entlassung.³⁵ In den 1990er Jahren erhöhten einige Bundesstaaten das Strafmaß für rückfällige Täter drastisch. Bei drei unter diese Regelung fallenden Straftaten (»three strike laws«) werden die Täter automatisch zu »lebenslanger Haft« oder »25 Jahre bis lebenslänglich« verurteilt.³⁶

Verschärfte Bewährungsauflagen führten zur wiederholten Inhaftierung von ehemaligen Häftlingen. Das Überziehen des Bankkontos von wenigen hundert Dollar konnte beispielsweise für ehemalige Inhaftierte auf Bewährung eine erneute jahrelange Haftstrafe bedeuten, insofern die Einhaltung eines Dispokreditlimits Teil der Bewährungsauflage darstellte. Fast die Hälfte der 423.000 Häftlinge, die 1998 entlassen wurden, befand sich kurze Zeit später aufgrund eines Verstoßes gegen ihre Bewährungsauflagen erneut in Haft.³⁷

5. Schwarze ins Gefängnis

Gerade der viel beschworene »Krieg gegen Drogen« offenbart die rassistische Dimension der Masseninhaftierungen eindrucklich. 1975 waren ungefähr 27 Prozent der in bundesstaatlichen Gefängnissen Inhaftierten aufgrund eines Drogendelikts verurteilt. Nur zehn Jahre später waren es bereits 34 Prozent, 1990 mehr als 50 Prozent und 1995 ungefähr 61 Prozent.³⁸ Die wegen Drogenmissbrauchs inhaftierte Bevölkerung entsprach nicht ihrem Anteil an Drogenkonsumierenden. Während die afroamerikanische Bevölkerung entsprechend ihrem demografischen Gewicht lediglich 13 Prozent der Drogenkonsumenten stellte, waren ein Drittel aller verhafteten und drei Viertel aller Inhaftierten Afroamerikaner. Die Wahrscheinlichkeit für einen schwarzen Mann, wegen eines Drogendelikts inhaftiert zu werden,

35 Wacquant 2009 b, S. 85.

36 Ebd.

37 Ebd.

38 Wacquant 2002, S. 63.

war mehr als 25-mal so groß wie die für einen Weißen.³⁹ Der Unterschied zwischen Kokainpulver und Crack, welches mit leichter verfügbaren Mitteln herstellbar ist, spielte dabei eine zentrale Rolle. Crack war insbesondere in den afroamerikanischen Ghettos beliebt und wurde im Gegensatz zu Kokainpulver bereits ab dem Besitz von wenigen Gramm mit mehrjährigen Mindesthaftstrafen geahndet.⁴⁰ 1995 war zum ersten Mal in der Geschichte des Landes die Mehrheit der Gefängnisbevölkerung schwarz.⁴¹

Die wachsende (Bildungs-)Ungleichheit zwischen der schwarzen und der weißen Bevölkerung lässt sich als Faktor für den Anstieg der schwarzen Gefängnispopulation erkennen. Durch die Stadtflucht amerikanischer Unternehmen seit den 1960er Jahren sank das kommunale Steueraufkommen, sodass die Mittel für öffentliche Schulen knapp wurden. Die finanziell bessergestellten Weißen zogen in die Vorstädte und schickten zudem ihre Kinder immer häufiger auf private Schulen. Bereits 1989 ging jedes fünfte weiße Kind im Alter zwischen vier und 15 Jahren auf eine Privatschule.⁴² Die zurückgebliebenen schwarzen Jugendlichen fasten nicht zuletzt aufgrund ihrer entsprechend schlechteren Ausbildung nur schwer auf dem regulären Arbeitsmarkt Fuß. Stattdessen landete ein erheblicher Teil der jungen afroamerikanischen Männer im beruflichen Aus, geriet in kriminelles Fahrwasser und endete im Gefängnis. Im Jahr 2008 waren dies 37 Prozent, mehr als jene, die beschäftigt waren (26 Prozent der 20- bis 34-Jährigen).⁴³ Kritische Stimmen sprechen deshalb von einer »School-to-Prison-Pipeline«.⁴⁴

Im letzten Jahrzehnt füllt auch der »Krieg gegen illegale Immigration« zunehmend US-amerikanische Gefängnisse. Seit 2006 sind Migrationsdelikte der häufigste Grund für Verhaftungen. Damit stieg der Anteil der Nicht-US-Staatsbürger in den Gefängnissen auf ein Viertel an.⁴⁵

6. Die Disziplinierung der Überflüssigen

Der Übergang zum strafenden Staat, das heißt zum umfassenden Ausbau der Strafverfolgung und zur Masseninhaftierung, hängt eng mit der Beschneidung des Wohlfahrtsstaates zusammen.⁴⁶ Eine Studie von Beckett und Western belegt, dass gerade in US-Bundesstaaten mit traditionell geringen Sozialleistungen beziehungsweise mit starken Einschnitten in das soziale Netz die Gefängnisbevölkerung überproportio-

39 Wacquant 2009 a, S. 77.

40 Ruiz 2014, S. 297; Kilgore 2015, S. 62.

41 Wacquant 2009 b, S. 80.

42 Duster 1999, S. 184 f.

43 Western, Pettit 2010, S. 10; The Pew Charitable Trusts 2010, S. 3.

44 Vgl. Kilgore 2015, S. 119 ff.

45 Ebd., S. 24.

46 Wacquant 2009 b, S. 63.

nal groß war.⁴⁷ Kürzungen von Sozialprogrammen gingen einher mit höheren Ausgaben für den Strafvollzug.

Während Sozialprogramme befrieden sollen, bezweckt das Gefängnis die Disziplinierung der am Arbeitsmarkt nicht nachgefragten Personen. Diesen »Überflüssigen« droht die Inhaftierung, wenn sie sich durch das »Rumhängen auf der Straße« bemerkbar machen oder ihrer prekären Einkommenssituation durch lukrative illegale Geschäfte (Drogenhandel, Prostitution etc.) entkommen wollen. Während der Haftzeit sind sie direkt der Gefängnisdisziplin ausgesetzt, außerhalb des Gefängnisses soll die Haftdrohung disziplinieren. Gleichwohl darf angesichts der großen Zahl an wiederholten Inhaftierungen der Abschreckungseffekt insbesondere für die schwarze männliche Bevölkerung nicht zu hoch bewertet werden. Für diese steht die direkte Disziplinierung durch Haft im Vordergrund. Die Abschreckung dürfte bei Migrantinnen und Migranten ohne Aufenthaltsgenehmigung stärker wirken.

Die Masseninhaftierungen können auch als »gesellschaftliche Missbilligung« der »Überflüssigen« und »Unerwünschten« gelesen werden, da diese vornehmlich davon betroffen sind, während Wirtschaftskriminalität, die ein Problem der reicheren Schichten sind, kaum mit Gefängnisstrafen sanktioniert wird.⁴⁸ Das Gefängnis wertet sie zudem sowohl moralisch als auch faktisch (Entzug des Wahlrechts⁴⁹) zu Staatsbürgern zweiter Klasse ab.⁵⁰

Die Rechtfertigungen für die Masseninhaftierungen sind historisch gesehen nicht gänzlich neu. Bernard Harcourt zeigt in seinen Arbeiten eindrücklich die Parallelen zwischen (markt)liberalen Diskursen des 19. Jahrhunderts und dem damaligen Ausbau des Strafvollzugs einerseits und dem erneuten Anstieg der Masseninhaftierung ab den 1970er und 1980er Jahren unter den Vordenkern der »Chicago School« andererseits.⁵¹ Dass sich ein Diskurs freier Märkte und steigende staatliche Investitionen in den Strafvollzug nur scheinbar ausschließen, zeigt auch die jüngere Geschichte der Masseninhaftierung.

7. Das liberale Paradox und die Auslagerung von Kosten

Die Disziplinierung der »Überflüssigen« durch Masseninhaftierung mündete in ein Paradox. Obwohl der »schlanke Staat« im Mittelpunkt der neoliberalen Umstrukturierung stand, stiegen die Ausgaben für Sicherheit und Gefängnisse steil an. Das Budget von Polizei, Justiz und Strafvollzug verdreifachte sich insgesamt zwischen 1982 und 2002. Allein die Ausgaben für den Strafvollzug, zum Großteil für den Bau und zur Unterhaltung von Gefängnissen, stieg von ungefähr 20 Milliarden US-Dol-

47 Beckett, Western 2001.

48 Kilgore 2015, S. 14.

49 Mehr als sechs Millionen Menschen in den USA haben aufgrund eines Eintrags im Strafregister ihr Wahlrecht verloren.

50 Alexander 2016 [2010], S. 208.

51 Harcourt 2011, S. 217 ff.

lar im Jahr 1982 auf 75 Milliarden US-Dollar im Jahr 2002 an (inflationsbereinigt nach Preisen von 2007).⁵²

Die öffentlichen Haushalte gerieten zunehmend unter Druck. Schließlich lagen die Kosten für die Unterhaltung von Gefängnissen pro Person höher als die Studiengebühren (inklusive Miete, Verwaltungs- und Lehrgebühren) an Ivy-League Universitäten wie Harvard.⁵³ Die Strategien zur Bewältigung des Kostendrucks waren vielfältig. Neben der Überbelegung wurden die Betreuungs- und Weiterbildungsangebote, Rehabilitationsprogramme und Therapien für Gefangene gekürzt, und es kam die Idee auf, die Arbeitskraft der Gefangenen nicht nur zu therapeutischen Zwecken zu nutzen, sondern auch als Einnahmequelle.

Der Diskurs zur Gefangenenfinanzierung wechselte von »Fürsorge« hin zu »Eigenfinanzierung«, sprich die Gefängnisinsassen sollten einen eigenen Beitrag zu den Kosten ihrer Haft leisten, da sie diese selbst verschuldet hätten. So zahlen Häftlinge (inklusive ihrer Angehörigen) heute Bearbeitungsgebühren für Besuche, für Betten, gesundheitliche Zusatzleistungen und andere »Leistungen« – wie Strom, das Waschen der Bettwäsche etc. In vielen Fällen werden Häftlinge mit Rechnungen für Gefängnisleistungen entlassen, die mehrere tausend, teilweise auch zehntausende Dollar betragen.⁵⁴ Im Zuge der allgemeinen Privatisierungswelle setzte sich auch hinsichtlich von Haftanstalten die Vorstellung durch, dass private Unternehmen diese kosteneffizienter betreiben könnten.

8. Die Re-Kommodifizierung der Produkte der Gefängnisarbeit

Mit dem »Federal Prison Industries Enhancement«-Gesetz von 1979 wurden auf Bundesebene öffentliche und private Gemeinschaftsunternehmen erlaubt, und das Percy Amendment im gleichen Jahr legalisierte den Verkauf von Gefängniswaren unter eingeschränkten Bedingungen. Vor allem einflussreiche Interessengruppen wie der American Legislative Exchange Council (ALEC), der 1973 als Zusammenschluss konservativer Unternehmer und Politiker gegründet wurde, unterstützten die Politik der Masseninhaftierungen und forderten, die Nutzung der Arbeitskraft von Häftlingen zu legalisieren.⁵⁵

In den bundesstaatlich organisierten Gefängnisarbeitsprogrammen blieb die Zahl der Inhaftierten, die für Fremdfirmen arbeiteten, jedoch relativ gering. In den beiden größten Programmen waren zusammen nie mehr als 30.000 Gefangene beschäftigt. Im »Prison Industry Enhancement Certification Program (PIECP)« arbeiteten Ende 2015 ungefähr 4.700 Häftlinge. Die »joint ventures« unter dem PIECP haben den entscheidenden Vorteil, dass private Unternehmen – wie Boeing, Starbucks, Victoria's Secret und andere – Auftragsarbeiten in staatliche Gefängnisse vergeben kön-

52 Bureau of Justice Statistics. <http://web.archive.org/web/20120101181331/http://bjs.ojp.usdoj.gov/content/glance/tables/exptyptab.cfm> (Zugriffe vom 13.10.2016).

53 Kilgore 2015, S. 12.

54 Levingston 2007.

55 Thompson 2012, S. 41.

nen.⁵⁶ Doch die relativ geringe Nachfrage nach diesem Programm erklärt sich unter anderem aus den Transparenzauflagen. In diesem Programm wird nicht nur die genaue Zahl der lohnarbeitenden Gefangenen, sondern werden ebenso ihre Arbeitgeber dokumentiert und veröffentlicht. Auch Gewerkschaften und lokale Industrien werden vor Beginn des Programms konsultiert, und teilnehmende Unternehmen sind dazu verpflichtet, die jeweiligen Mindestlöhne zu zahlen. Die arbeitenden Gefangenen erhalten jedoch nicht den Mindestlohn ausgezahlt. Ihr effektiver Arbeitslohn wird durch Abzüge für Steuern, Unterkunft und Verpflegung, die Unterstützung der Familien und Entschädigung der Opfer im Schnitt um 60 Prozent gemindert. Viele der genannten Auflagen deuten weiterhin auf die in der fordistischen Ära geprägte Angst hin, dass Firmen aus dem normalen privaten Sektor durch Gefängnisarbeit verdrängt werden könnten. Die teilnehmenden Unternehmen müssen allerdings beim Vertrieb ihrer Waren nicht angeben, dass diese in Gefängnissen hergestellt wurden. Vielmehr können sie diese mit dem Label »Made in America« bewerben.⁵⁷

Neben dem PIECP ist das staatliche Gefängnisindustrieunternehmen UNICOR einer der größten industriellen Arbeitgeber für Häftlinge bundesstaatlicher Gefängnisse. Es beschäftigte 2008 ungefähr 21.000 Häftlinge, also fast 20 Prozent der Inhaftierten. 2015 waren es dann nur noch 12.000 Gefangene (acht Prozent). Die Gefängnisinsassen produzieren für UNICOR vornehmlich Kleidung und Textilien, Elektronikprodukte und Büromöbel, die vor allem an staatliche Behörden verkauft werden.⁵⁸ Seit 2012 darf UNICOR unter Einhaltung bestimmter Kriterien zudem an private Firmen verkaufen. Der bei weitem größte Abnehmer ist nach wie vor das Verteidigungsministerium. Es lässt Uniformen, Waffen(teile), Radio und Kommunikationsmittel zu Stundenlöhnen von 23 Cent bis zu 1,15 US-Dollar in den Gefängnissen herstellen.⁵⁹ Auch wenn Gewerkschaften in dieses Arbeitsprogramm integriert werden, gewisse Auflagen (wie die formal freiwillige Teilnahme) bestehen und immer wieder mit einer niedrigeren Rückfallrate der Häftlinge aufgrund von Gefängnisarbeit geworben wird, gibt es Hinweise auf deutlich schlechtere Arbeitsbedingungen als auf dem freien Markt. Insbesondere mangelnde Sicherheits- und Gesundheitsbedingungen wurden in den letzten Jahren vor Gericht verhandelt, zum Beispiel bei Recyclingarbeiten von Elektroschrott⁶⁰ oder der Herstellung von Vorprodukten für Projektile und Raketen des US-Militärs.⁶¹

Der Großteil der über zwei Millionen Gefangenen in den USA lebt und arbeitet jedoch nicht in Haftanstalten unter der Obhut des Bundesamts für Gefängnisse (BOP), sondern in Gefängnissen der einzelnen Bundesstaaten und der Kommunen (ca. 70 Prozent). Fast alle 50 Bundesstaaten haben im Anschluss an das PIECP ähn-

56 LeBaron 2008.

57 Lichtenstein 2015.

58 FPI 2014, S. 9.

59 Urbina 2004, S. 110 f.; Wood 2015.

60 Sample 2009.

61 Flounders 2013.

liche Gesetze zur Gefängnisarbeit erlassen, häufig jedoch mit deutlich geringeren Transparenzvorschriften und ohne Auflagen wie das Zahlen des Mindestlohns. Dadurch hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten ein Netz aus dezentralen staatlichen, profit-orientierten Gefängnisunternehmen entwickelt, das nur schwer zu durchleuchten ist. Schätzungen zufolge arbeitet mindestens ein Zehntel aller Häftlinge in den USA in verschiedenen Unternehmen (der Anteil an den arbeitsfähigen Häftlingen liegt höher, da die Gefängnispopulation auch chronisch Kranke, Minderjährige sowie Rentnerinnen und Rentner umfasst). Die Datenlage zur Gefängnisarbeit in den USA ist jedoch vor allem aus zwei Gründen sehr undurchsichtig. Zum einen erheben und veröffentlichen die US-Behörden nur wenige Zahlen zur industriellen Gefängnisarbeit. Während Statistiken zu demografischen Daten der Häftlinge, Gründe für deren Inhaftierung etc. vorliegen, werden keine Angaben zum Umfang der geleisteten Arbeitsstunden und zu den gezahlten Netto-Löhnen gemacht. Zum anderen weichen die Gesetzeslagen zwischen den einzelnen Bundesstaaten stark voneinander ab. Zusätzlich sitzen Menschen in lokalen Gefängnissen (*local jails*) ein, welche unter Obhut der Kommunalverwaltung stehen. Hinzu kommt eine wachsende Zahl an privat geführten Gefängnissen (derzeit ca. zehn Prozent). Die Darstellung der Gefängnisarbeit ist deshalb auf die Berichte des investigativen Journalismus und von Nichtregierungsorganisationen angewiesen.

In Colorado waren beispielsweise im Jahr 2014 rund 1.600 Inhaftierte an 37 verschiedenen Standorten beschäftigt. Dies entspricht nach offiziellen Statistiken ungefähr 15 Prozent der arbeitsfähigen Häftlinge.⁶² Die Produktion reicht von der Fertigung von Möbeln, Autokennzeichen und Flaggen über landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Milchprodukte bis zu Dienstleistungen, etwa Autoreparatur, Aufbau und Transport von Möbeln, Landschaftsgärtnerei.⁶³ Laut staatlicher Rechnungsprüfung haben die Arbeitenden 2014 einen Tagesdurchschnittslohn von nur 3,95 US-Dollar erhalten.⁶⁴ Für andere Bundesstaaten ergibt sich ein ähnliches Bild. 2014 waren in der Washington State Correctional Industries (CI) 1.600 Häftlinge an 45 Produktionsstandorten tätig. Die Arbeitenden machten ungefähr zehn Prozent der im Staat Washington Inhaftierten aus. Ihre Stundenlöhne betragen durchschnittlich 0,55 US-Dollar.⁶⁵ Teilweise führen diese günstigen Lohnkosten dazu, dass vormals beispielsweise nach Mexiko vergebene Aufträge in den staatlichen Gefängnissen von Kalifornien oder Texas ausgeführt werden.⁶⁶

Der Unterschied zwischen dem Ausmaß an und Bedingungen von Gefängnisarbeit für kommerzielle Zwecke in den bundesstaatlichen und den einzelstaatlichen Gefängnissen erklärt sich aus den unterschiedlichen Kräftekonstellationen. Auf bundesstaatlicher Ebene verfügen die Gewerkschaften noch über mehr Einfluss als in vielen Einzelstaaten.

62 Colorado Office of the State Auditor 2015, S. 11.

63 Ebd., S. 9.

64 Ebd., S. 11.

65 Berens, Baker 2014.

66 Vgl. Pelaez 2014.

Insgesamt überwiegt die Arbeit zur Aufrechterhaltung des Gefängnisbetriebs die kommerzielle Ausbeutung bis heute. Ein Großteil der Häftlinge arbeitet zur Unterhaltung der Gefängnisse selbst (zum Beispiel in Wäschereien, in der Küche oder bei der Essensausgabe, Hilfe bei Büroarbeiten etc.). Ohne diese Arbeit würde das System der Masseneinhaftigung sowohl finanziell als auch organisatorisch nur schwerlich funktionieren.⁶⁷

9. Die Privatisierung der Gefängnisse und das Geschäft mit der Migration

Parallel zur Re-Kommodifizierung der Produkte der Gefängnisarbeit verlief die Privatisierung vieler Gefängnisse. Der private Gefängnissektor überwacht heute bereits etwa ein Zehntel aller Häftlinge in den USA. Unter den Unternehmen dominieren wenige börsennotierte Großkonzerne, vor allem die GEO Group und die Corrections Corporation America (CCA), die gemeinsam jährliche Erlöse von drei Milliarden US-Dollar verzeichnen können. Zwischen 2001 und 2012 wurden im Schnitt jährlich knapp drei Milliarden US-Dollar allein für den Bau von Gefängnissen ausgegeben. Diese großangelegten Infrastrukturprojekte sind sowohl für die von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Regionen als auch für die ausführenden Baukonzerne wichtige Einnahmequellen.⁶⁸ Hinzu kommen die kreditgebenden Finanzinstitutionen, private Sicherheits-, Gesundheits- und Transportdienstleister sowie Unternehmen, die sich auf die Zulieferung von Wäsche oder Gefängnismahlzeiten spezialisiert haben.⁶⁹ Aufgrund dieser zunehmenden Bedeutung von profitorientierten Unternehmen im Gefängnissektor und ihren Verflechtungen mit industrieller Produktion, staatlichen Behörden und politischen Eliten wurde der Begriff des »Gefängnisindustriellen-Komplex« geprägt.⁷⁰ Die politischen Führungen von ländlichen Regionen mit großen Gefängnissen fordern besonders vehement eine strenge Strafgesetzgebung.⁷¹

Die privaten Unternehmen werden von staatlichen Behörden, wie dem Federal Bureau of Prisons (BOP), der Immigration and Customs Enforcement (ICE) und den US Marshalls, pro Häftling auf Tages- oder Monatsbasis bezahlt.⁷² Private Investoren haben nicht nur neue Gefängnisse gebaut, sondern auch Haftanstalten von der öffentlichen Hand aufgekauft.⁷³ Die Privatisierung senkte für die Steuerzahlenden allerdings nicht die Kosten, obgleich Personal eingespart wurde, Löhne gesunken sind, weniger Fortbildungsmöglichkeiten für Angestellte bestehen und weniger

67 Vgl. Chang, Tompkins 2002, S. 56.

68 Thorpe 2015.

69 Vgl. Herivel, Wright 2007.

70 Friedmann 2012; Thompson 2012.

71 Thorpe 2015.

72 Kilgore 2013; The Geo Group 2013.

73 Chang, Tompkins 2002, S. 49.

Arbeitgeberleistungen angeboten werden – alles Umstände, die Gewerkschaften seit Jahren kritisieren.⁷⁴

Gerade die Inhaftierung von eingewanderten Personen ist für die privaten Unternehmen in den letzten Jahren ein profitabler Geschäftszweig geworden. Als die verpflichtende Internierung bei Verstößen gegen Einwanderungsgesetze 1996 eingeführt wurde, führte das zu einem rasanten Ausbau von Abschiebezentren. Existierte 1981 nur ein Dutzend Abschiebegefängnisse, wuchs ihre Zahl bis 2011 auf mehr als 200 an, mit einer durchschnittlichen Belegung von 32.000 Inhaftierten insgesamt.

Während nur knapp ein Zehntel aller Häftlinge in privaten Gefängnissen sitzt, werden 40 Prozent aller Abschiebehaftanstalten in den USA privat betrieben. Allein ein Drittel der Kapazitäten dieser Haftanstalten werden durch die zwei großen Unternehmen CCA und GEO Group bereitgestellt. Beide Unternehmen erhielten 2012 für die von ihnen geführten Abschiebegefängnisse 738 Millionen US-Dollar. Zur Minderung ihres Risikos sorgen zudem staatliche Garantien, sofern die Unternehmen eine Mindestquote (seit 2013 bei 34.000) erfüllen.⁷⁵ Somit besteht ein Anreiz, möglichst lange viele Menschen aufgrund von Migrationsdelikten zu inhaftieren.

Das Interesse an einer möglichst hohen Zahl an Gefangenen führt auch zur politischen Einflussnahme. Die drei größten Gefängnisunternehmen haben in den letzten zehn Jahren allein 40 Millionen US-Dollar für Lobbyismus ausgegeben, vornehmlich um die Republikaner von der Verschärfung der Einwanderungsgesetze und einer allgemeinen Ausweispflicht zu überzeugen.⁷⁶ Im Jahr 2010 schrieb die private Gefängnisindustrie (unter anderem die CCA) beispielsweise maßgeblich an der Verschärfung des Migrationsgesetzes in Arizona mit.⁷⁷ In Florida vergab Marco Rubio in seiner damaligen Funktion als Vorsitzender im Repräsentantenhaus von Florida einen 110-Millionen-Dollar-Auftrag an die GEO Group und schrieb 2013 als Senator einen umfassenden Gesetzesentwurf zur Verschärfung von Einwanderung und Kontrolle »illegaler Migration« mit.⁷⁸

Zu den Arbeitsbedingungen in den Abschiebegefängnissen finden sich lediglich Zeitungsberichte. Es werden immer wieder Vorfälle bekannt, bei denen die Häftlinge ohne Bezahlung oder für Tageslöhne von einem US-Dollar zur Arbeit gezwungen werden.⁷⁹ Schätzungen zufolge arbeiten insgesamt 60.000 Migrantinnen und Migranten in »freiwilligen« Arbeitsprogrammen für weniger als einen US-Dollar Tageslohn, sowohl in privaten als auch in staatlich betriebenen Anstalten.⁸⁰

74 Vgl. Quinell 2014.

75 Kilgore 2015, S. 85.

76 Friedmann 2012.

77 Detention Watch Network 2011. Für weitere Fälle siehe Justice Policy Institute 2011.

78 Cohen 2015. GEO Group spendete auch für seine Wahlkämpfe; siehe Walsh 2016.

79 Planas 2015.

80 Urbina 2014.

10. Gegendiskurse

Die Diskurse zur Gefängnisarbeit sind nicht ohne Widersprüche. Während das Ausmaß an Gefängnisarbeit in den USA zunahm, wurde im US-Kongress bei handelspolitischen Fragen immer wieder die Kritik an der Ausbeutung von Gefangenen in China für die chinesische Exportwirtschaft geäußert. Diese Kritik wurde sogar gesetzlich institutionalisiert. Regelmäßig muss der Kongress über die chinesische Gefängnispraxis unterrichtet werden (Public Law 106-398 & 108-7). Dieser Diskurs ist jedoch völlig abgetrennt von dem inneramerikanischen Gefängnisdiskurs. Die Kritik an China steht unvermittelt neben der eigenen Praxis, die auch in anderen Diskursen kaum Aufmerksamkeit erhält.⁸¹

Veränderungen könnten von den Inhaftierten selbst angestoßen werden. Es mehrten sich Versuche, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Im September 2016 veranstaltete die Initiative ehemaliger Häftlinge »Formerly Incarcerated, Convicted People & Families Movement (FICPFM)« zusammen mit einem 2014 gegründeten Organisationskomitee »Incarcerated Workers Organizing Committee (IWOC)« eine nationale Konferenz mit dem Ziel, Masseninhaftierung und Ausbeutung von Gefängnisarbeit im US-Wahlkampf zu politisieren.⁸² Gleichzeitig streikten in vielen Gefängnissen die zur Arbeit verpflichteten Gefangenen.⁸³ Das Medienecho blieb jedoch gering.⁸⁴

Bisher erfolgreicher ist die seit einem Jahrzehnt anwachsende Kritik an der Todesstrafe und den besonders harten Strafgesetzen. Einige Bundesstaaten praktizieren die Todesstrafe nicht mehr, und die Obama-Regierung hat in Obamas erster Amtszeit zusammen mit dem Kongress den Unterschied im Strafmaß für den Besitz von Crack gegenüber dem von Kokain in Pulverform reduziert. Seit 2013 wird auf Bundesebene zur Vermeidung der Mindeststrafen bei Anklageerhebung nicht mehr die beim Angeklagten gefundene Menge an Drogen erwähnt. Da die Kriminalstatistik einen so geringen Wert wie seit vier Jahrzehnten nicht mehr ausweist und somit Verbrechen im Problembewusstsein der Bevölkerung an Bedeutung verloren haben, haben auch konservative Kräfte einige Maßnahmen zur Reduzierung der Gefängnisbevölkerung mitgetragen, wobei die Kosten ein zentrales Motiv sind.⁸⁵ Seit 2009 sinkt die Zahl der Gefangenen.⁸⁶

Kürzlich hat die Obama-Regierung zudem beschlossen, auf Bundesebene die bisherigen Verträge mit privaten Gefängnisbetreibern auslaufen zu lassen.⁸⁷ Diese Maßnahmen der Obama-Regierung lassen hoffen, dass auch die kommerzielle

81 Cowen 1993; Whyte, Baker 2000.

82 Galloway 2016.

83 Siehe *Wall Street Journal*: www.wsj.com/articles/prisoners-stage-coordinated-strikes-in-several-states-1473895389 (Zugriff vom 13.10.2016).

84 Siehe *The Intercept*: <https://theintercept.com/2016/09/16/the-largest-prison-strike-in-us-history-enters-its-second-week/> (13.10.2016).

85 Savage 2016.

86 Kilgore 2015, S. 199.

87 Savage 2016.

Gefangenearbeit zurückgehen wird. Allerdings ist die US-Bevölkerung insbesondere hinsichtlich des Umgangs mit Migrantinnen und Migranten aus Lateinamerika sehr gespalten. Unter einem künftigen republikanischen Präsidenten und entsprechenden Mehrheiten im Kongress könnten gerade diese vom Gefängnisindustriellen-Komplex besonders begehrten Arbeitskräfte insbesondere die Abschiebegefängnisse füllen.

11. Fazit: Gefängnisarbeit als verstetigtes Diskursfeld

Stand im Fordismus die Resozialisierung der straffällig gewordenen Personen im Vordergrund und vermochte es die Gewerkschaftsbewegung, die als unfair angesehene Konkurrenz durch schlecht entlohnte Gefangene zu verhindern, so gilt in den USA im Zeitalter des Neoliberalismus die Straffälligkeit als selbstverschuldet, und deshalb sollen die straffällig gewordenen Personen auch für die Kosten ihrer Strafe selbst aufkommen. Die Parallelen zum Strafdiskurs des 19. Jahrhunderts sind auffallend. Das Verhalten der Straftäter wird wiederum als nicht durch die Gesellschaft resozialisierbar angesehen. Entsprechend herrscht die Vorstellung vor, dass Straftaten am besten durch lange Haftstrafen für die nicht besserungsfähigen Täter verhindert werden, die zugleich gemäß des neoliberalen Rationalitätsdenkens auf potenzielle Täter abschreckend wirken. Diese weit verbreitete Einstellung zu Personen, die Gesetze verletzt haben, ermöglicht im Zusammenspiel mit weiteren Diskursen die erstaunliche Beharrungskraft der im internationalen Vergleich fortgeschrittenen Kommerzialisierung der Strafvollzugsanstalten.

An erster Stelle steht der noch weit verbreitete Rassismus gegenüber Menschen mit schwarzer Hautfarbe, die vielfach, wenn männlichen Geschlechts, von der dominanten weißen Mehrheitsgesellschaft mit Kriminalität in Verbindung gebracht werden beziehungsweise, wenn weiblichen Geschlechts, mit ungerechtfertigter Inanspruchnahme staatlicher Mittel. Die Folge ist eine überproportional hohe Inhaftierungsrate insbesondere schwarzer Männer, und zwar häufig für kleinere Vergehen, während sie auf dem Arbeitsmarkt gleichzeitig diskriminiert werden. Der Rassismus bewirkt auch die Verdrängung der überaus großen Gefängnispopulation aus dem öffentlichen Diskurs, nur gelegentlich durchbrochen von Massenprotesten gegen Polizeiwillkür. Obgleich die USA eine Einwanderergesellschaft sind, ist der Zuzug von Menschen aus dem Ausland gesellschaftlich höchst umstritten. Ein signifikanter Teil der US-Bevölkerung hegt rassistische Vorurteile gegen Menschen, die südlich des Rio Grande beheimatet sind. Die periodisch auftretenden repressiven Maßnahmen gegen Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung bleiben zumeist ohne publizistisches Echo. Deren Schicksal in den Abschiebegefängnissen ist gleichfalls nicht im öffentlichen Bewusstsein.

Mit dem Rassismus verbunden ist ein zweiter Diskurs, nämlich der Umgang mit denen, die in der kapitalistischen Leistungsgesellschaft nicht mithalten können und somit aus der Sicht der Nachfrager auf dem Arbeitsmarkt »überflüssig« und aus der Sicht vieler Lohnabhängiger »Kostgänger« sind. Dieser Diskurs sieht die Ursachen für deren Chancenlosigkeit am Arbeitsmarkt als selbstverschuldet und nicht als

Folge historischer und derzeitiger Diskriminierungen. Entsprechend wird deren Disziplinierung gebilligt oder sogar gefordert. Die mit der Gefängnisdrohung untermauerte polizeiliche Disziplinierung wirft zudem einen Schatten auf die zwar auf dem Arbeitsmarkt nachgefragten, aber nur zu prekären Bedingungen beschäftigten Menschen. Lukrativere Beschäftigungen außerhalb der Legalität werden durch das hohe Strafmaß und die gesellschaftliche Stigmatisierung zu äußerst riskanten Alternativen, sodass ein Großteil der prekär Beschäftigten keinen Ausweg sieht, die eigene Lage zu verbessern.

Die Disziplinierung durch Inhaftierung ist allerdings teuer. Die unmittelbaren Kosten können durch Überbelegung der Haftanstalten gesenkt werden, was jedoch längerfristig die Gefahr birgt, dass durch die Brutalisierung im Gefängnisalltag die entlassenen Gefangenen zu einer noch größeren Gefahr für die Gesellschaft werden. Entsprechend der allgemeinen Tendenz zur sogenannten Eigenverantwortung und der Stärkung der privaten Eigentumsordnung lag es nahe, die Gefangenen einen Teil ihrer Unterbringungskosten durch Arbeit selbst erwirtschaften zu lassen und die Verwaltung der Gefängnisse der vermeintlich effizienteren Privatwirtschaft zu überlassen. Diese ab 1979 auch gesetzlich abgesicherte Wende brachte ein neues Akteursfeld mit Interessen an der Ausdehnung der Gefängnisarbeit hervor. Zu diesem Feld gehören die staatlichen Träger der in der Mehrzahl noch öffentlich geführten Gefängnisse und die neuen privaten Gefängnisunternehmen sowie die staatlichen und privatwirtschaftlichen Abnehmer der Produkte von Gefangenen. Gerade die politische Vertretung von strukturschwachen Gebieten war sowohl am Bau neuer Gefängnisse als auch an für den Markt arbeitenden Gefangenen interessiert. Das Interesse der privaten Gefängnisbetreiber an arbeitsfähigen Gefangenen führt sogar dazu, dass diese für eine verschärfte Abschiebepaxis eintreten, damit sie für die Dauer von einigen Monaten gesunde Migranten und Migrantinnen für sich arbeiten lassen können.

Wenngleich die Polizeiwillkür und die hohe Zahl an Inhaftierungen insbesondere junger schwarzer Männer immer wieder skandalisiert werden, bleibt der Gegendiskurs zum industriellen Gefängnis komplex bislang begrenzt.

Literatur

- Alexander, Michelle 2016 [2010]. *The new Jim Crow. Masseninhaftierung und Rassismus in den USA*. München: Kunstmann (englische Originalausgabe: Alexander, Michelle 2010. *The new Jim Crow: mass incarceration in the age of colorblindness*. New York: The New Press).
- Beckett, Kathrine; Western, Bruce 2001. »Governing social marginality. Welfare, incarceration, and the transformation of state policy«, in *Punishment & Society* 3, 1, S. 43-59.
- Berens, Michael J.; Baker, Mike 2014. »Broken prison labor program fails to keep promises, costs millions«, in *The Seattle Times* vom 13. Dezember 2014. <http://projects.seattletimes.com/2014/prison-labor/1/> (Zugriff vom 22.10.2015).
- Carson, Ann E. 2014. »Prisoners of 2013«, in *Bureau of Justice Statistics Bulletin* vom 30. September 2014. www.bjs.gov/content/pub/pdf/p13.pdf (Zugriff vom 26.09.2015).
- Chang, Tracy F. H.; Tompkins, Douglas E. 2002. »Corporations go to prisons: the expansion of corporate power in the correctional industry«, in *Labor Studies Journal* 27, 1, S. 45-69.
- Cohen, Michael 2015. »How for-profit prisons have become the biggest lobby no one is talking about«, in *Washington Post* vom 26. April 2015. www.washingtonpost.com/posteverything/wp/2015/04/28/how-for-profit-prisons-have-become-the-biggest-lobby-no-one-is-talking-

- about/?postshare=5281432928044079&utm_term=.f429a1f4b379 (Zugriff vom 16.08.2016).
- Colorado Office of the State Auditor 2015. *Department of Corrections. Colorado Correctional Industries. Performance Audit, Januar 2015*. [www.leg.state.co.us/OSA/coauditor1.nsf/All/908C1FE0217F7E0487257DCE00701378/\\$FILE/1350P%20Colorado%20Correctional%20Industries,%20Department%20of%20Corrections,%20January%202015.pdf](http://www.leg.state.co.us/OSA/coauditor1.nsf/All/908C1FE0217F7E0487257DCE00701378/$FILE/1350P%20Colorado%20Correctional%20Industries,%20Department%20of%20Corrections,%20January%202015.pdf) (Zugriff vom 22.10.2015).
- Cowen, Jonathan M. 1993. »One nation's ›Gulag‹ is another nation's ›factory within a fence: prison-labor in the people's Republic of China and the United States of America«, in *Pacific Basin Law Journal* 12, 1, S. 191-236.
- Davis, Mike 1986. *Phoenix im Sturzflug. Zur politischen Ökonomie der Vereinigten Staaten in den achtziger Jahren*. Berlin: Rotbuch Verlag.
- De Giorgi, Alessandro 2006. *Re-thinking the political economy of punishment. Perspectives on post-Fordism and penal politics*. Hampshire: Ashgate.
- Detention Watch Network 2011. *The influence of the private prison industry in the immigration detention business*. www.detentionwatchnetwork.org/sites/default/files/reports/DWN%20Private%20Prison%20Influence%20Report.pdf (Zugriff vom 16.08.2016).
- Dodge, Calvert R. Hrsg. 1975. *A nation without prisons: alternatives to incarceration*. Lexington: Lexington Books.
- Düinkel, Gert; Geng, Bernd; Morgenstern, Christine 2010. »Strafvollzug in Deutschland. Aktuelle rechtstatsächliche Befunde«, in *Forum Strafvollzug*, S. 20-32.
- Duster, Troy 1999. »Gefängnis statt Arbeit: Ausgrenzung schwarzer Jugendlicher«, in *Jobwunder USA – Modell für Deutschland*, hrsg. v. Lang, Sabine; Mayer, Margit; Scherrer, Christoph, S. 180-190. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Elias, Norbert 1978 [1939]. *Über den Prozess der Zivilisation*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Flounders, Sara 2013. »The Pentagon and slave labor in U.S. prisons«, in *Global Research* vom 4. Februar 2013. www.globalresearch.ca/the-pentagon-and-slave-labor-in-u-s-prisons/25376 (Zugriff vom 22.10.2015).
- Fortner, Michael J. 2015. *Black silent majority*. Cambridge: Harvard University Press.
- FPI (Federal Prison Industries Inc.) 2014. *Fiscal year 2014. Annual management report*, 12. November 2014. www.unicor.gov/information/publications/pdfs/corporate/2014%20FPI%20Annual%20Management%20Report_C.pdf (Zugriff vom 26.09.2015).
- Friedmann, Alex 2012. »The societal impact of the prison industrial complex, or incarceration for fun and profit – mostly profit«, in *Prison Legal News* vom 15. Januar 2012. www.prisonegalnews.org/news/2012/jan/15/the-societal-impact-of-the-prison-industrial-complex-or-in-carceration-for-fun-and-profit-mostly-profit/ (Zugriff vom 26.09.2015).
- Galloway, Jeremy 2016. »Why we're about to see the largest prison strike in history«, in *Raw Story* vom 11. August 2016. www.rawstory.com/2016/08/why-were-about-to-see-the-largest-prison-strike-in-history/#.V64Rb0_VaGI.twitter (Zugriff vom 16.08.2016).]
- Garland, David 1985. *Punishment and welfare*. Aldershot, Hants: Gower.
- Garland, David 1990. *Punishment and modern society*. Chicago: University of Chicago Press.
- Harcourt, Bernard 2011. *The illusion of free markets. Punishment and myth of natural order*. Cambridge: Harvard University Press.
- Herivel, Tara; Wright, Paul 2007. *Prison profiteers. Who makes money from mass incarceration*. New York: The New Press.
- Hüttenrauch, Kathrin 2015. *Die Arbeit als Resozialisierungsfaktor. Eine empirische Studie zur Bedeutung der Arbeit während der Inhaftierungszeit*. Baden-Baden. Nomos.
- Justice Policy Institute 2011. *Gaming the system: how the political strategies of private prison companies promote ineffective incarceration policies*. www.justicepolicy.org/uploads/justicpolicy/documents/gaming_the_system.pdf (Zugriff vom 15.08.2016).
- Kilgore, James 2013. »The myth of prison slave labor camps in the U.S.«, in *Counterpunch* vom 9.-11. August 2013. www.counterpunch.org/2013/08/09/the-myth-of-prison-slave-labor-camps-in-the-u-s/ (Zugriff vom 23.09.2015).
- Kilgore, James 2015. *Understanding mass incarceration. A people's guide to the key civil rights struggle of our time*. New York: The New Press.
- Laclau, Ernesto 1990. *New reflections on the revolution of our time*. London: Verso.

- LeBaron, Genieve 2008. »Captive labour and the free market: prisoners and production in the USA«, in *Capital & Class* 32, S. 59-81.
- Levingston, Kirsten. D. 2007. »Making the ›bad guy‹ pay: growing use of cost shifting as an economic sanction«, in *Prison profiteers. Who makes money from mass incarceration*, hrsg. v. Herivel, Tara; Wright, Paul, S. 52-79. New York: The New Press.
- Lichtenstein, Alex 1997. *Twice the work of free labor: the political economy of convict labor in the new south*. New York: The Free Press.
- Lichtenstein, Alex 2015. »Using US prison labour to make crime pay«, in *Open Democracy* vom 22. April 2015. www.opendemocracy.net/beyondslavery/alex-lichtenstein/using-us-prison-labour-to-make-crime-pay (Zugriff vom 25.09.2015).
- Mancini, Matthew J. 1996. *One dies, get another: convict leasing in the American South, 1866-1928*. Columbia: University of South Carolina Press.
- McLennan, Rebecca M. 2008. *The crisis of imprisonment: protest, politics, and the making of the American penal state, 1776-1941*. New York: Cambridge University Press.
- Melossi, Dario; Pavarini, Massimo 1981. *The prison and the factory*. London: Macmillan.
- Morris, Lydia 2001. *Dangerous classes: the underclass and social citizenship*. New York: Routledge.
- Oshinsky, David M. 1996. *Worse than slavery. Parchman farm and the ordeal of Jim Crow justice*. New York: Free Press.
- Pelaez, Vicky 2014. »The prison industry in the United States: big business or a new form of slavery?«, in *Global Research* vom 31. März 2014. www.globalresearch.ca/the-prison-industry-in-the-united-states-big-business-or-a-new-form-of-slavery/8289 (Zugriff vom 22.10.2015).
- Pinker, Steven 2011. *The better angels of our nature: a history of violence and humanity*. London: Penguin.
- Planas, Roque 2015. »Private prison company forced immigrants to work for free, lawsuit says«, in *Huffington Post* vom 10. Juli 2015. www.huffingtonpost.com/entry/private-prison-immigrant-detainees_559eee31e4b05b1d02900daa (Zugriff vom 26.09.2015).
- Quinell, Kenneth 2014. »You know what doesn't work so well? Private prisons«, in *AFL-CIO Blog* vom 10. April 2014. www.aflcio.org/Blog/Corporate-Greed/You-Know-What-Doesnt-Work-So-Well-Private-Prisons (Zugriff vom 22.10.2015).
- Ruiz, Dorothy S. 2014. »Impact of mass incarceration of African-American women«, in *Color behind bars: racism in the U.S. prison system*, hrsg. v. Bowman, Scott Wm., S. 291-304. Santa Barbara: Praeger.
- Rusche, Georg; Kirchheimer, Otto 1968 [1939]. *Punishment and social structure*. New York: Russel & Russel.
- Sample, Brandon 2009. »Prisoners exposed to toxic dust at UNICOR recycling factories«, in *Prison Legal News* vom 15. Januar 2009. www.prisonlegalnews.org/news/2009/jan/15/prisoners-exposed-to-toxic-dust-at-unicor-recycling-factories/ (Zugriff vom 22.10.2015).
- Savage, Charlie 2016. »U.S. to phase out use of private prisons for federal inmates«, in *New York Times* vom 18. August 2016. www.nytimes.com/2016/08/19/us/us-to-phase-out-use-of-private-...1 (Zugriff vom 18.09.2016).
- Scherrer, Christoph, 1992. *Im Bann des Fordismus. Der Konkurrenzkampf der Auto- und Stahlindustrie in den USA*. Berlin: edition sigma.
- Scherrer, Christoph, 1999. *Globalisierung wider Willen? Die Durchsetzung liberaler Außenwirtschaftspolitik in den USA*. Berlin: edition sigma.
- Schmiede, Rudi 1988. »Reelle Subsumtion als gesellschaftstheoretische Kategorie«, in *Zur Entwicklungsdynamik des modernen Kapitalismus: Beiträge zur Gesellschaftstheorie, Industrie- und Gewerkschaftsforschung. Symposium für Gerhard Brandt*, hrsg. v. Schumm, Wilhelm, S. 21-38. Frankfurt a. M.: Campus.
- Sears, David O.; Kinder, Donald R. 1985. »Whites' opposition to busing: on conceptualizing and operationalizing group conflict«, in *Journal of Personality and Social Psychology* 48, 5, S. 1141-1147.
- The Geo Group 2013. *2013 Annual report*. www.geogroup.com/ (Zugriff vom 26.09.2015).
- The Pew Charitable Trusts 2010. *Collateral costs: incarceration's effect on economic mobility*. Washington: The Pew Charitable Trusts.

- The Sentencing Project 2013. *Report of the sentencing project to the United Nations Human Rights Committee. Regarding racial disparities in the United States criminal justice system.* <http://sentencingproject.org/wp-content/uploads/2015/12/Race-and-Justice-Shadow-Report-ICCPR.pdf> (Zugriff vom 03.08.2016).
- The Sentencing Project 2015. *The state of sentencing 2014. Developments in policy and practice.* Washington: The Sentencing Project.
- Thompson, Heather A. 2012. »The prison industrial complex: a growth industry in a shrinking economy«, in *New Labor Forum* 21, 3, S. 38-47.
- Thorpe, Rebecca U. 2015. »Perverse politics: the persistence of mass imprisonment in the twenty-first century«, in *Perspectives on Politics* 13, 3, S. 618-637.
- Urbina, Ian 2014. »Using jailed migrants as a cheap pool of labor«, in *New York Times* vom 24. Mai 2014. www.nytimes.com/2014/05/25/us/using-jailed-migrants-as-a-pool-of-cheap-labor.html (Zugriff vom 25.09.2015).
- Wacquant, Loic 2002. »Four strategies to curb carceral costs: on managing mass imprisonment in The United States«, in *Studies in Political Economy* 69, S. 19-41.
- Wacquant, Loic 2009 a. *Prisons of poverty.* London, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Wacquant, Loic 2009 b. *Bestrafen der Armen. Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit.* Opladen, Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
- Walsh, Meghan 2016. »Private prisons fight back«, in *Justice Policy* vom 9. Februar 2016. www.justicepolicy.org/news/10110 (Zugriff vom 15.08.2016).
- Western, Bruce; Pettit, Becky 2010. »Incarceration & social inequality«, in *Deadalus*, Sommer 2010, S. 8-19.
- Whyte, Alan; Baker, Jamie 2000. *Prison labor on the rise in US.* www.wsws.org/en/articles/2000/05/pris-m08.html (Zugriff vom 23.09.2015).
- Wood, Greame 2015. »From our prison to your dinner table«, in *Pacific Standard Magazine* vom 3. März 2015. www.psmag.com/business-economics/from-our-prison-to-your-dinner-table (Zugriff vom 25.09.2015).
- Wullweber, Joscha 2013. »Poststrukturalismus«, in *Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie*, hrsg. v. Wullweber, Joscha; Graf, Antonia; Behrens, Maria, S. 233-249. Wiesbaden: Springer VS.

Zusammenfassung: In den USA ist seit Ende der 1970er Jahre Gefängnisarbeit für externe Auftraggeber wieder erlaubt. Es ist heute ein profitabler Geschäftszweig. In dem Artikel werden die verschiedenen Elemente des Gefängnisarbeitsdiskurses samt ihrer Genese herausgearbeitet. Seine Festigkeit erhält er durch die Verschränkung von der Disziplinierung der am Arbeitsmarkt nicht nachgefragten Menschen, den zunehmenden Druck auf öffentliche Haushalte, den Interessen der privaten Gefängnisbetreiber und vor allem durch die rassistischen Diskurse, die nicht nur die schwarze Bevölkerung, sondern auch die lateinamerikanischen Migrantinnen und Migranten erfassen.

Stichworte: Gefängnisarbeit, Rassismus, Disziplinierung der Überflüssigen, USA

The return of commercial prison labor in the United States of America

Summary: During the age of Fordism, prison labor for commercial purposes was outlawed in the United States. Since the end of the 1970s prison labor for commercial purposes has been legalized again and now flourishes. The article highlights various elements of the prison labor discourse and its resilience is explained with the mutually supportive arguments: disciplining the superfluous labor force, increasing public budgetary constraints, the influence of the lobby of the private prison industry and especially racism, which targets not only the black population but also Latin American immigrants.

Keywords: prison labour, racism, disciplining of the leftover

Autoren

Christoph Scherrer
Direktor des International Center for Development and Decent Work
Universität Kassel
Kleine Rosenstraße 3
D-34109 Kassel
scherrer@uni-kassel.de

Anil Shah
ehemals Forschungsassistent am Fachgebiet »Globalisierung & Politik«
der Universität Kassel
anil.shah@posteo.de